



An die Parteien im niedersächsischen Landtag:

Im Juli 2015 hat die Landesregierung einen Gesetzesentwurf zur Errichtung einer Pflegekammer eingebracht.

Die Pflegekammer soll durch Festlegung verbindlicher Standards, zu deren Einhaltung dann alle Pflegefachkräfte verpflichtet sind, die Situation der Beschäftigten verbessern.

Zu diesen Standards werden auch regelmäßige Fort- und Weiterbildungen gehören, die in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Pflegefachkraft liegen. Diese hat dann im Zweifel auch die Kosten dafür zu tragen.

Bei Nichteinhaltung dieser Standards drohen der Fachkraft Bußgeld oder Beschäftigungsverbot.

Die Ausgaben der Kammer sollen über einen Pflichtbeitrag getragen werden, den alle Fachkräfte bezahlen müssen. Eine Verpflichtung der Arbeitgeber zur Kostentragung sowie zur Einhaltung der Standards ist nicht vorgesehen.

Der Gesetzesentwurf hat in dieser Form nicht die Zustimmung der Beschäftigten, was durch Tausende von Unterschriften belegt ist! Auch zahlreiche Verbände haben sich gegen den Gesetzentwurf ausgesprochen.

Denn auf die Lösung der eigentlichen Probleme in der Pflege, niedrige Entlohnung, unzureichende Pflegepersonalschlüssel und die damit verbundenen unzumutbaren Arbeitsbedingungen in der Pflege kann die Pflegekammer gar keinen Einfluss nehmen. Dies kann nur durch andere Akteure erfolgen, die Einrichtungsträger, die Pflege- und Krankenkassen, die Politik, sowie die Tarifpartner.

Deshalb fordern wir:

- Einen Neuanfang durch Aufnahme eines breit angelegten Diskussionsprozesses auch unter den Beschäftigten in der Altenpflege
- Keine Finanzierung über Zwangsbeiträge der Beschäftigten
- Übertragung der Verantwortung für Finanzierung und Einhaltung der Standards an den Arbeitgeber

Wir fordern sie deshalb auf, der Gesetzesvorlage in der jetzigen Form nicht zuzustimmen.

Einstimmig beschlossen

Hannover, 14. Januar 2016

Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen in den Diakonischen Werken Niedersachsens. Wir Vertreten die Mitarbeitervertretungen von ca. 300 Einrichtungen der Diakonie mit ca. 40.000 Beschäftigten, überwiegend in der Pflege.